

Beratungsanfragen zu „Long-Covid“ steigen

Die Corona-Spätfolgen werfen viele rechtliche Fragen auf, sagt der VdK

NIEDERRHEIN. Die Sieben-Tage-Inzidenzen, welche die Anzahl der Neuinfektionen mit dem Coronavirus in Bezug auf die Einwohnerzahl in den vergangenen sieben Tagen angeben, sind im ganzen Land rückläufig. Stattdessen steigen beim Sozialverband VdK am Niederrhein aber die Nachfragen nach einer Rechtsberatung bezüglich der Spätfolgen einer Coronavirus-Infektion, auch „Long-Covid“ genannt. „In den vergangenen fünf Wochen ist der Beratungsbedarf von 0 auf 50 hochgeschneilt“, berichtet Svenja Weuster, VdK-Geschäftsführerin mit Sitz in Rheinberg. Doch „Long-Covid“ werfe noch viele Fragen auf, die auch die Volljuristen beim VdK noch nicht beantworten können.

Gesetzmäßig ist das Coronavirus nämlich noch nicht im Land angekommen. „„Long-Covid“ ist noch nicht als Berufskrankheit anerkannt. Es steht in keinem Katalog drin. Zudem ist es auch in keiner Kategorie der Schwerbehinderung eingeordnet. Das wird noch in absehbarer Zeit ein ganz großes Thema werden. Der Gesetzgeber muss hierauf reagieren“, meint Weuster. Zurzeit sei es für Mediziner, Behörden und eben auch Juristen noch eine große Herausforderung, die Spätfolgen einer Coronavirus-Infektion entsprechend zu bewerten. Das mache auch die Beratung in Bezug auf Reha-Maßnahmen zur Bewältigung der Langzeitfolgen schwierig. Denn aktuell gebe es keine Richtlinien, die eine entsprechende Orientierung bieten.

Antworten auf diese Fragen seien aber wichtig, denn die Zahl der Betroffenen, die an „Long-

Covid“-Symptomen leiden, steige und entsprechend steige auch die Nachfrage nach einer diesbezüglichen Rechtsberatung. „Da wird noch eine Menge auf uns zukommen. Allerdings wissen wir aktuell noch nicht, in welche Richtung sich das entwickelt“, sagt Weuster, die im digitalen Pressegespräch zudem von einer „spürbar wachsenden Corona-Müdigkeit“ sprach. Das erschwere die seit Monaten kontaktlose Beratung enorm. „Der Ton wird, wenn wir nicht sofort wie gewünscht helfen können, aggressiver“, berichtet Weuster. Zudem würden immer mehr VdK-Mitglieder zum Telefon greifen, weil sie einsam seien. „Sie wollen oft einfach nur mal mit jemandem sprechen“, sagt Weuster.

Soziale Ungleichheit

Horst Vöge, Landesvorsitzende des VdK, sieht zudem eine wachsende soziale Ungleichheit in der Gesellschaft auch in Bezug zur Pandemie. „Arme Menschen und prekär Beschäftigte sind viel häufiger von einer Infektion betroffen. Das zeigt sich in bestimmten Stadtteilen – etwa in Duisburg – deutlich“, sagt Vöge. Darauf müsse dringend reagiert werden – „Impf-Appelle von Uschi Glas oder Günter Jauch reichen da nicht. Sie kommen bei Menschen auf Ost-Europa in Duisburgs Norden nicht an“, meint Vöge. Versäumnisse an dieser Stelle hätten jedoch Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft.

Eine schwere Belastung sei die Corona-Pandemie auch für die mehr als 80.000 Menschen am Niederrhein, die auf Pflege angewiesen seien. 75 Prozent von ihnen würden zu Hause gepflegt werden. „Für sie und ihre Ange-

hörige ist Corona eine schwere Belastung. Pflegende Angehörige sind zwar systemrelevant. Sie fühlen sich aber immer noch im Stich gelassen“, sagt Vöge.

Besuchsverbot war belastend

Viele Einrichtungen hätten ihren Betrieb unter anderem auch durch das Ausbleiben von osteuropäischen Betreuungskräften einschränken müssen. Besonders belastend sei das Besuchsverbot in den Pflegeheimen gewesen, bei dem diese Menschen ihr Grundrecht zeitweise verloren hätten. Darüber hinaus seien die ständig wechselnden Corona-Schutzverordnungen für die Bevölkerung nicht mehr vollständig nachvollziehbar und verständlich gewesen. Vöge fordert daher abschließend: „Wir brauchen einen besseren Dialog zwischen Staat, Politik und Zivilgesellschaft, damit wir zu einer besseren Balance zwischen Gesundheitsschutz, Grundrechten und sozialer Gerechtigkeit kommen.“

Sabrina Peters

VdK am Niederrhein

Der VdK am Niederrhein ist für den Kreis Wesel, den Kreis Kleve und die Stadt Duisburg tätig. Im vorigen Jahr stieg die Zahl der Mitglieder mit 3575 Neuzugängen um 3,7 Prozent auf 30.524. Davon entfallen auf den Kreis Wesel 44,2 Prozent und den Kreis Kleve 27,7 Prozent. Die meisten Neumitglieder kommen über die Rechtsberatung zum VdK. Sie ist kostenlos. Aufgrund der Pandemie finden diese derzeit nur mit Terminvergabe statt.

Im vergangenen Jahr erstritt der VdK am Niederrhein für seine Mitglieder 1,4 Millionen Euro – davon erhielten die Mitglieder 410.000 Euro. Der Rest ging unter anderem an kommunale Leistungsträger.